

## 1 VIII. Netzpolitik, Medien und Kunst

2

3 In der Digitalisierung sehen wir Chancen für mehr Selbstorganisation und Selbstbestimmung von uns  
4 allen. Wir stehen für freien Informationszugang, direktere Vernetzung und mehr demokratische  
5 Beteiligungsmöglichkeiten.

6 Das freie Internet kann nur als öffentliches Gut zum Nutzen aller Menschen funktionieren. Die Netze  
7 gehören unter gesellschaftliche Kontrolle und müssen demokratisiert werden. Die Medienvielfalt muss  
8 erhalten werden, die zunehmende Monopolbildung bei Medien und Presse beobachten wir mit Sorge.

### 9 1. Netzpolitik: Für ein freies Internet, das allen gehört

10 Wir setzen uns gemeinsam mit immer mehr Menschen für ein freies Internet ohne Zensur ein.  
11 Ausbauintiativen und Genossenschaften sollen verstärkt gefördert werden. Freie W-LAN-Angebote  
12 wollen wir weiter ausbauen. Beim Breitbandausbau sind wir für den flächendeckenden Ausbau der  
13 Glasfasertechnologie. Den Zugang zu digitalen Technologien und zum Internet wollen wir unabhängig vom  
14 Einkommen und sozialen Hintergrund ermöglichen.

15 Das Land ist zuständig für Bildung und hat im Bereich der digitalen Medien bislang viel zu wenig  
16 unternommen. Schüler\*innen und Student\*innen sind heute Digital Natives, sie sind mit dem Internet,  
17 mit mobilen Geräten und Apps groß geworden. Sie schauen lieber YouTube als Fernsehen, hören Musik  
18 nicht auf Kassette, sondern im Netz. Für einen großen Teil der Lehrer\*innen in Schulen, Berufskollegs und  
19 Hochschulen ist diese Welt noch weitgehend fremd. Hier brauchen wir eine große  
20 Weiterbildungsoffensive im Bereich digitale Medien.

### 21 Netzneutralität gesetzlich garantieren

22 Der Einsatz für Netzneutralität wird ein wesentliches Thema der kommenden Jahre sein. Es geht um die  
23 wichtige Frage, ob alle Menschen gleichberechtigt ihre Daten durch die Leitungen schicken können. Schon  
24 heute dominieren mächtige Konzerne im Netz und wollen immer mehr bevorzugt auf Datenleitungen  
25 zugreifen. Wir brauchen hier dringend gesetzliche Regelungen. Wir wollen das Internet der Menschen,  
26 nicht das der Konzerne.

#### 27 **Was tun?**

- 28 • *Den Glasfaserausbau vorantreiben*
- 29 • *Förderung für freie und nicht kommerzielle W-LAN-Angebote wie Freifunk auch für*  
30 *Kommunen öffnen*
- 31 • *Netzneutralität für NRW gesetzlich garantieren und Initiative dazu auf Bundesebene*

### 32 Private Daten schützen, öffentliche Daten nutzen

33 Wir setzen uns ein für ein verstärktes Angebot und die Nutzung von Open Data. Das  
34 Informationsfreiheitsgesetz NRW wollen wir zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild  
35 ausbauen. Staatliche Informationen müssen grundsätzlich in maschinenlesbaren Formaten im Internet auf  
36 einer geeigneten Plattform zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für eine Förderung von Open Access an  
37 Hochschulen in NRW ein, das Land muss eine stringente Förderstrategie entwickeln und umsetzen.

38 Der Schutz personenbezogener Daten muss gestärkt werden. Dafür wollen wir das Datenschutzgesetz  
39 NRW weiterentwickeln und unnötige Datensammlungen abschaffen.

#### 40 **Was tun?**

- 41 • *Recht auf Anonymität im Internet und Kontrolle über die eigenen Daten.*
- 42 • *Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit stärken.*
- 43 • *Über eine Bundesratsinitiative die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung.*

- 44 • *Ein Verbot des Exports von Hard- und Software für Überwachung und/oder Zensur.*
- 45 • *Open Source-Projekte zur „digitalen Selbstverteidigung“ unterstützen.*
- 46 • *Mit allen staatlichen Stellen eine nach RFC 4880 standardisierte sichere Ende-zu-Ende*
- 47 *verschlüsselte Kommunikation mittels OpenPGP ermöglichen.*

## 48 **Schutz von Whistleblower\*innen**

49 „Edward Snowden oder Chelsea Manning sind prominente Namen, wenn es um Whistleblowing geht – zu  
50 Recht. DIE LINKE fordert den umfassenden gesetzlichen Schutz von Menschen, die den Mut aufbringen,  
51 Informationen öffentlich zu machen. Sie müssen arbeitsrechtlich geschützt werden und vor ‚Vergeltung‘  
52 von Arbeitgeberseite sicher sein. Wir wollen auch, dass Whistleblowerinnen und Whistleblower vor  
53 strafrechtlicher Verfolgung geschützt sind, sie etwa nicht wegen vermeintlich „übler Nachrede“ belangt  
54 werden können.

55 Veröffentlichungsplattformen, welcher Art auch immer, dürfen nicht gezwungen werden, ihre Quellen  
56 preiszugeben. Whistleblowing ist keine Denunziation und darf nicht kriminalisiert werden.

## 57 **Jetzt aber schnell: Weiterbildung in digitaler Kommunikation**

58 Die neuen Medien und die damit verbundene Digitalisierung prägen die Lebenswelt der Schülerinnen und  
59 Schüler. In diesem Bereich darf das Feld nicht privaten Unternehmen, Verlagen und Bildungsanbietern  
60 überlassen werden. Wir setzen uns für die Nutzung und die Erstellung offener Lehr- und Lernmaterialien  
61 (Open Educational Resources, OER) sowie den Einsatz von Open-Source Software ein.

62 Digitale Angebote sind intuitiv, ohne Vorwissen, nutzbar. Den verantwortungsbewussten Umgang mit  
63 Medien müssen Kinder und Jugendliche aber erlernen. In der Schule muss Medienbildung stärker  
64 vermittelt werden, dazu zählen Medienkritik, Medienkunde und Mediengestaltung. Unter anderem sind  
65 Datenschutz und Privatsphäre, Cyber-Mobbing und Netiquette sowie digitale Bürgerrechte und  
66 Demokratie in Zeiten des Internets zu thematisieren. Die Vermittlung von Medienkompetenz kann aber  
67 nicht auf die Schule beschränkt sein, sondern muss auch an den Hochschulen und in der Weiterbildung  
68 berücksichtigt werden.

### 69 **Was tun?**

- 70 • *Medienbildung im Schulunterricht einen größeren Raum zu geben und durch geeignete*
- 71 *Angebote auch Eltern einzubeziehen.*
- 72 • *Einen wirksamen Jugendschutz durch Löschung illegalen Materials an der Quelle. Keine*
- 73 *Netzsperrn und Internetzensur.*
- 74 • *Die Nutzung freier und quelloffener Software fördern.*
- 75 • *Nutzung und Erstellung offener Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational Resources,*
- 76 *OER) an Schulen sowie Einsatz von Open-Source Software.*
- 77 • *Eine Förderstrategie für Open Access an Hochschulen.*
- 78 • *Das Informationsfreiheitsgesetz zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild*
- 79 *ausbauen.*
- 80 • *Verwaltungsdaten in offenen Formaten zur Verfügung stellen.*

## 81 **2. Medien: Die Vielfalt erhalten und Beschäftigte gut bezahlen**

82 Wir wollen das qualitativ hochwertige und differenzierte Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
83 in NRW erhalten. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit seinem umfassenden Informations-, Bildungs- und  
84 Unterhaltungsauftrag ist Daseinsvorsorge.

85 Die früher üblichen Befreiungsmöglichkeiten vom Rundfunkbeitrag, etwa aufgrund niedrigen Einkommens  
86 oder einer Behinderung, werden wieder eingeführt. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen  
87 auf Sponsoring und Werbung verzichten.

88 Wir sichern die Rechte der Beschäftigten des WDR. Wir lehnen Verschlechterungen der  
 89 Arbeitsbedingungen ebenso ab wie den Ersatz sozialversicherungspflichtiger Stellen durch Werkverträge.  
 90 Freie Radio- und Fernsehprogramme, die von Bürger\*innen selbst gestaltet werden, sind ebenso  
 91 unverzichtbar in der Medienlandschaft. Wir wollen sie erhalten und weiter aus Landesmitteln fördern.

#### 92 **Was tun?**

- 93 • *Keine Verschlechterungen für die Beschäftigten beim WDR*
- 94 • *Die früher üblichen Befreiungsmöglichkeiten vom Rundfunkbeitrag werden wieder eingeführt*
- 95 • *Die Frist von sieben Tagen, nach der Inhalte in den Mediatheken öffentlich-rechtlicher Sender*  
 96 *nicht mehr verfügbar sind, abzuschaffen*
- 97 • *Bürgerfunk, freie Radios und lokale Fernsehprogramme weiter fördern*
- 98 • *Die Kürzungen beim WDR-Programm ‚Funkhaus Europa‘ zurücknehmen*
- 99 • *Die laizistisch/säkulare Vertretung im WDR-Rundfunkrat ausbauen; ein säkulares*  
 100 *Programm fördern*

### 101 **3. Kunst und Kultur für uns alle: Schützen, unterstützen und finanzieren**

102 Auch unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen wollen wir am Anspruch „Kultur für  
 103 alle“ festhalten. Kulturelle Selbstverwirklichung und Teilhabe an Kultur dürfen nicht Vorrecht, sondern  
 104 sollten Möglichkeit für alle sein. Angesichts zunehmender sozialer Ausgrenzung und einer wachsenden  
 105 Zahl von Menschen, die in Armut leben, wird die Forderung nach uneingeschränkter kultureller Teilhabe  
 106 immer wichtiger. Die Lebenschancen einer und eines jeden hängen heute vom freien Zugang zu  
 107 Informationen und Wissen ebenso ab wie von der Möglichkeit sich zu bilden und mit Künsten und Medien  
 108 umzugehen. Für kulturelle Teilhabe zu streiten ist deshalb Teil unseres sozialen Engagements.

109 NRW ist ein reiches Kulturland. Dies gilt es nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen. Denn die  
 110 Zukunftsaufgaben der Gesellschaft stellen auch Kunst und Kultur, von der sogenannten „Hochkultur“ bis  
 111 zum kleinen Kulturhaus vor Ort, vor neue Herausforderungen. Die Bewältigung des demographischen  
 112 Wandels, die Integration von Migrant\*innen und Geflüchteten oder die Entwicklung der Industrie 4.0 sind  
 113 Aufgaben, denen sich auch die Kultur stellen muss.

114 Dabei ist für uns klar, Kunst und Kultur benötigen den Schutz des Staates. In der zunehmenden  
 115 Unterwerfung von Kultur unter ökonomische Zwänge sehen wir eine substanzgefährdende Entwicklung.  
 116 Wir lehnen es ab, Kunst und Kultur unter einen ökonomischen Legitimationsdruck zu setzen. Wir stehen  
 117 für eine ausreichende öffentliche Förderung und eine langfristige Sicherung für die Gesamtheit der  
 118 kulturellen und künstlerischen Bereiche.

119 Um die reiche Kulturlandschaft NRW zu erhalten, wird in allen Regionen ein breites Kulturangebot  
 120 benötigt. Dies muss berücksichtigen, dass NRW Einwanderungsland und zunehmend eine multiethnische  
 121 Gesellschaft ist. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher, aber auch kultureller Konflikte in der Welt  
 122 und unserer Gesellschaft wollen wir den Dialog der Kulturen fördern und vielfältige Möglichkeiten der  
 123 Begegnung und des Austauschs schaffen. Kulturelle Vielfalt muss auf „Augenhöhe“ miteinander  
 124 stattfinden.

#### 125 **Kultur ist überall**

126 Kunst soll auch einen Beitrag zur Verständigung unterschiedlicher Kulturen leisten. Deshalb wollen wir  
 127 eine stärkere Einbeziehung der Künstlerinnen und Künstler aus allen Nationen, die in unserer Mitte leben.  
 128 Dabei geht es uns nicht einfach um eine finanzielle Förderung migrantischer Kunst, sondern sie muss  
 129 Bestandteil kultureller und künstlerischer Arbeit vor Ort sein. Nur wenn sie vor Ort als Alltagsbestandteil  
 130 verstanden und gelebt wird, lassen sich Vorurteile abbauen und gegenseitiges Verständnis entwickeln.  
 131 Interkultur ist kein Randgebiet.

132 Kulturelle Bildung findet nicht nur an Schulen statt, sondern auch in Theatern, Kunst – und Musikschulen,  
133 Medienwerkstätten, Bibliotheken oder Museen, Kulturhäusern und soziokulturellen Zentren. Kulturelle  
134 Einrichtungen und Initiativen sind damit nicht nur Kulturanbieter, sondern auch Lernorte für Demokratie  
135 und Dialog, für die Entfaltung von Kreativität und sozialer Kompetenz. Um dem Anspruch gerecht werden  
136 zu können, benötigen die kulturellen Einrichtungen dringend mehr Personal für die pädagogische Arbeit.  
137 Die Kapazitäten für die kulturpädagogische Arbeit sind deutlich zu erhöhen.

### 138 **Kultur ist Investition in die Zukunft**

139 Kunst und Kultur gibt es nicht zum Nulltarif. Wir halten es für dringend notwendig, den Kulturretat des  
140 Landes unmittelbar wieder mindestens auf die Höhe des Jahres 2012 (200 Millionen) und dann  
141 schrittweise auf 0,5 % des Gesamtetats des Landes zu erhöhen. Das Land muss die kommunalen  
142 Kultureinrichtungen verlässlich institutionell fördern und so dafür sorgen, dass den Menschen kulturelle  
143 Teilhabe zugänglich ist.

144 Rund 80% aller kulturellen Ausgaben werden von den Kommunen geschultert. Angesichts leerer  
145 kommunaler Kassen, insbesondere in den Ruhrgebietsgemeinden, wird auch bei Kunst und Kultur gespart,  
146 gekürzt, geschlossen. Mancherorts steht die kulturelle Grundversorgung auf der Kippe. Das  
147 Kulturfördergesetz NRW bietet zwar Ansätze der Verbindlichkeit der Förderung von Kunst und Kultur, das  
148 Land selbst will sich an den Forderungen gegenüber den Kommunen finanziell aber nicht beteiligen. Das  
149 kann nicht der richtige Weg sein. Dabei geht es nicht nur um Entlastung der Kommunen, sondern vor  
150 allem die Erhöhung der finanziellen Mittel für Kunst und Kultur in NRW. Ohne finanzielle Beteiligung des  
151 Landes innerhalb des Kulturfördergesetzes wird die kommunale Kulturpflege und -förderung sowohl in  
152 den urbanen Zentren und auch im ländlichen Raum nicht dauerhaft und verlässlich gesichert.

153 Unabhängig davon gibt es in NRW zahlreiche Förderprogramme von den unterschiedlichsten Institutionen  
154 und Ministerien. Kultureinrichtungen vor Ort und die freie Szene haben kaum eine Möglichkeit, diesen  
155 Förderdschungel zu durchschauen und die geforderten Auflagen zu erfüllen.

156 Wir fordern, die verschiedenen Programme zu konzentrieren und die Antragstellung und die  
157 Förderungsmöglichkeiten für alle kulturellen Ebenen zu ermöglichen, den Zugang zur Förderung zu  
158 erleichtern. Außerdem müssen die Overheadkosten bei diesen Förderprogrammen auf max. 10% der  
159 Fördersumme beschränkt werden. Kulturförderung muss auch bei den kulturellen Akteuren ankommen.

160 Dazu gehört auch eine Entflechtung der Bereiche der Kreativwirtschaft und der verbindlichen Festlegung  
161 der Förderinstitutionen.

162 Die Landschaftsverbände sichern durch ihre Museen und die vielfältige Förderung sowie qualitativ  
163 hochwertige Beratung kommunal getragener Kulturarbeit ein gutes, sehr breit gefächertes kulturelles  
164 Angebot. Finanziert wird dies im Wesentlichen von den Kommunen über die Landschaftsumlage. DIE  
165 LINKE NRW sieht eine institutionelle Förderung der Museen der Landschaftsverbände durch das Land als  
166 dringend notwendig an.

### 167 **Keine Prekarisierung kultureller Arbeitsbedingungen!**

168 Von Kunst und Kultur muss man leben können. Wir wollen Kulturförderung so ausbauen, dass  
169 Künstlerinnen und Künstler auch von Ihrer Arbeit leben können. Dies muss Bestandteil von  
170 Kulturförderungskriterien werden. Dabei geht es nicht nur um die Höhe von Gehältern oder Honoraren,  
171 sondern auch um Verlässlichkeit und Zukunftssicherheit. DIE LINKE tritt auch im künstlerischen Bereich in  
172 erster Linie für existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse ein.

173 Wir Linken haben wir ein klares Bekenntnis zur Freiheit der Kunst und der Kulturproduktion. Sponsoren  
174 und Mäzen dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf öffentliche Kulturangebote haben. Kunst und Kultur  
175 muss nicht nur „Altes“ bewahren, sondern sich auch kritisch mit der Gesellschaft auseinandersetzen  
176 können, ohne bei Kulturförderung ausgegrenzt zu werden.

177 **Wissen bewahren und zugänglich machen!**

178 Die Bibliotheken im Land haben eine besondere Bedeutung als Vermittlerin von Informations- und  
 179 Medienkompetenz, bei der Verbesserung der Leseförderung und als kulturelles Zentrum des  
 180 unmittelbaren Wohnumfeldes. Hierfür benötigen die Bibliotheken dringend eine bessere finanzielle und  
 181 personelle Ausstattung. Auch die Bibliotheken müssen sich den verändernden Bedingungen ihres  
 182 Umfeldes stellen und entsprechende Angebote entwickeln. Dabei ermuntern wir sie zu einem aktiven  
 183 Zugehen auf die Menschen in ihrem Stadtteil. Unser Ziel ist es, auch im ländlichen Bereich ein  
 184 flächendeckendes Angebot abzusichern.

185 **Denkmalschutz ist Landesaufgabe!**

186 In der laufenden Legislaturperiode hat sich die Landespolitik aus dem aktiven Denkmalschutz  
 187 zurückgezogen, indem die Zuschüsse für den Erhalt von Denkmälern praktisch eingestellt und durch  
 188 „kostengünstige Darlehen“ ersetzt wurden.

189 Die negativen Folgen dieser Entscheidung wurden von vielen Seiten fachpolitisch heftig kritisiert. Eine  
 190 solche Politik gibt das kulturelle Erbe des Landes dem Verfall preis. Das Land ist nicht nur auf der  
 191 gesetzgeberischen Ebene, sondern auch inhaltlich und materiell für den Denkmalschutz zuständig. Dieser  
 192 Verantwortung muss es auch nachkommen.

193 **Was tun?**

- 194 • *Änderung der Gemeindeordnung im Landtag: Kultur zur Pflichtaufgabe machen.*
- 195 • *Kostenlosen Eintritt in alle Dauerausstellungen der Landesmuseen ermöglichen.*
- 196 • *Arbeitsmöglichkeiten, Ateliers, Ausstellungsmöglichkeiten und mehr Stipendien im Rahmen*  
 197 *öffentlicher Kulturförderung schaffen.*
- 198 • *Selbstverwaltete Kulturhäuser und soziokulturellen Zentren ohne Einflussnahme der Städte*  
 199 *und Kommunen auf die Angebote finanziell fördern.*
- 200 • *Unterstützung und Planungssicherheit für die Volkshochschulen garantieren.*
- 201 • *Bei der Besetzung von Stellen an Kunsthochschulen und Jurys Frauen stärker berücksichtigen.*
- 202 • *Freie Kulturszene gleichwertig zur etablierten Kulturszene öffentlich fördern.*
- 203 • *Antirassistische, interkulturelle Angebote mit dem Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt*  
 204 *auszuprägen gezielt fördern.*
- 205 • *Förderung der Inklusion beim Zugang und in der Ausübung von Kunst und Kultur.*
- 206 • *Musik- und Kunstunterricht als fester Bestandteil des Lehrplanes für alle Schulen.*
- 207 • *Wiedereinführung der Zuschüsse für den Denkmalschutz.*
- 208 • *Kein Verkauf von Kunstgegenständen durch öffentliche Institutionen.*

## 209 **IX. Internationale Solidarität**

210 Wir stehen für eine solidarische Weltordnung, die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für alle Länder  
211 schafft. Frieden ist dafür die wichtigste Voraussetzung. Aber auch ein Ende der Ausbeutung sowie die  
212 Einhaltung sozialer und ökologischer Standards müssen gewährleistet werden.

213 Die große Weltpolitik fängt zuhause an. Fairer Handel, kritisches Engagement in Bezug auf die  
214 Entwicklungsrichtung der EU und Engagement gegen Rüstungsexporte sind nur einige der Arbeitsfelder, in  
215 denen wir hier in NRW etwas zu einer besseren Weltordnung beitragen können.

### 216 **1. Konsequenz für Frieden und Abrüstung**

217 DIE LINKE ist eine Friedenspartei. Wir treten für Gewaltfreiheit ein, ob im Inneren von Gesellschaften oder  
218 zwischen Staaten. Gemeinsam mit Friedensbewegungen und allen friedensorientierten Partner\*innen  
219 wollen wir Gewalt vorbeugen und Konflikte zivil lösen. Kriegseinsätze, den Bruch des Völkerrechts,  
220 Menschenrechtsverletzungen und militärische Logiken im Umgang mit Konflikten lehnen wir ab.

221 Unser Leitbild ist die Idee des gerechten Friedens. Es braucht mehr als die bloße Abwesenheit von Gewalt.  
222 Frieden gibt es nur, wenn wir soziale, wie ökonomisch und ökologisch nachhaltige Bedingungen schaffen.

### 223 **Rüstungskonzerne auf zivile Produktion umstellen**

224 Auch in NRW wird an Kriegen und Krisen kräftig verdient. Große Rüstungskonzerne wie Rheinmetall und  
225 Thyssen-Krupp haben hier ihren Sitz und exportieren Waffen, militärische Drohnen und andere  
226 Rüstungsgüter in alle Welt. Mit Erlaubnis der Bundesregierung werden dabei auch autokratische Regimes  
227 beliefert, die gegen die Demokratiebewegungen in ihren Ländern mit brutaler Gewalt und Repression  
228 vorgehen.

229 Jede Waffe findet ihren Krieg, wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass weniger Waffen im Umlauf  
230 sind, statt immer mehr davon zu produzieren. Deshalb wollen wir die Produktion von  
231 Rüstungsunternehmen, erforderlichenfalls im Wege der Vergesellschaftung, auf eine zivile Fertigung  
232 umstellen.

#### 233 ***Was tun?***

- 234 • *Ein Verbot von Rüstungsexporten auf Bundesebene.*
- 235 • *Die Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung umstellen.*

### 236 **Urananreicherung beenden, Atomwaffen abziehen**

237 Die Urananreicherungsanlage Gronau stellt Nuklearbrennstoff für Atomkraftwerke her und eignet sich zur  
238 Herstellung hochangereicherten Urans für Atomwaffen. Zivile und militärische Nutzung von Atommaterial  
239 lassen sich nicht trennen. In Büchel in der Eifel lagern nach wie vor Atombomben der USA und die  
240 Bundeswehr übt im Rahmen der atomaren Teilhabe den Abwurf dieser Bomben. Die USA planen, ihre  
241 Atomwaffen zu modernisieren.

242 Wir wollen die Urananreicherung in NRW stilllegen. Atomwaffen müssen vollständig aus NRW abgezogen  
243 werden.

#### 244 ***Was tun?***

- 245 • *Die Urananreicherungsanlage in Gronau stillzulegen und ihre Technologie nicht zu verbreiten*  
246 *oder zu verkaufen.*
- 247 • *Das sofortige Ende der Atomwaffenstationierung in Büchel und den jeweils nur 30 km von*  
248 *NRW entfernten belgischen Städten Volkel und Kleine-Brogel.*

## 249 **Umbau von Militäreinrichtungen für zivile Zwecke**

250 NRW beherbergt einige der wichtigsten Militäreinrichtungen in Deutschland. Kalkar und Uedem am  
 251 Niederrhein sind Ausgangspunkt für Bundeswehr- und NATO-Kriegsführung. Von hier wird der gesamte  
 252 nordeuropäische Luftraum bis nach Russland überwacht, von Geilenkirchen werden Eurofighter und  
 253 AWACS-Aufklärungsflugzeuge bis an die russische Grenze herangeführt. Kampfdrohnen, deren  
 254 Anschaffung in Planung sind, können auch von hier gesteuert werden.

255 Auf dem Truppenübungsplatz im ostwestfälischen Senne werden Kampfeinsätze geübt. Ausgerechnet in  
 256 der "Friedensstadt" Münster soll das deutsch-niederländische Korps den Hauptteil der sogenannten  
 257 NATO-Speerspitze Ost bilden. Diese Eingreiftruppe soll innerhalb weniger Tage in Einsatzbereitschaft  
 258 versetzt werden können. In der Tomburg-Kaserne in Rheinbach sind die Cyberwar-Spezialisten der  
 259 Bundeswehr angesiedelt. Die Einheit soll nach der neuen Cyberstrategie der Bundesregierung künftig  
 260 verstärkt werden. Nicht zuletzt hat das Bundesverteidigungsministerium seinen Sitz auf der Hardthöhe in  
 261 Bonn.

### 262 ***Was tun?***

- 263 • *Luftkriegszentren in Kalkar und Uedem schließen.*
- 264 • *Entmilitarisierung des Truppenübungsplatzes Senne.*
- 265 • *Ende der Beteiligung von Bundeswehreinheiten an der NATO-„Speerspitze Ost“.*
- 266 • *Umnutzung aller Bundeswehr- und NATO-Einrichtungen für zivile Zwecke.*

## 267 **Bundeswehr raus aus Schulen, Jobcentern und anderen Einrichtungen**

268 Durch eine Kooperationsvereinbarung mit dem Schulministerium hat die Bundeswehr in NRW einen  
 269 bevorrechtigten Zugang zu den Schüler\*innen. Anwerbeversuche der Bundeswehr gibt es aber nicht nur  
 270 hier, sondern auch in Berufskollegs und Arbeitsagenturen, bei Ausbildungsplatzmessen und Jobbörsen  
 271 und auf den Straßen und Plätzen in NRW. Die Bundeswehr nutzt an dieser Stelle die Perspektivlosigkeit,  
 272 die Zukunftsangst und die Armut vieler junger Menschen für ihre Rekrutierung aus.

### 273 ***Was tun?***

- 274 • *Kooperationsvereinbarungen des Landes mit der Bundeswehr sofort aufkündigen.*
- 275 • *Bundeswehr raus aus Schulen und zivilen Ämtern, kein Werben fürs Sterben.*

## 276 **Zivilklausel: Friedliche Forschung an NRW-Hochschulen**

277 Seit 2014 gibt es im NRW-Hochschulgesetz eine Zivilklausel. Damit darf an Hochschulen nicht mehr für  
 278 Rüstung und Militär geforscht werden. Viele halten sich jedoch nicht an diese Vorgabe. Die Zivilklausel  
 279 muss konsequent umgesetzt werden. Die Angebote der NRW-Stiftung Umwelt und Entwicklung wollen  
 280 wir auf friedenspolitische Projekte ausdehnen.

### 281 ***Was tun?***

- 282 • *Die Zivilklausel konsequent umsetzen.*
- 283 • *Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen.*
- 284 • *Vergabe von Landesmitteln für Forschungsförderung nur für zivile Vorhaben.*
- 285 • *Friedensdienste, internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften ausbauen.*

## 286 **Die Umstellung der Rüstungsindustrie ist möglich**

287 Wer heute im Rüstungsbereich arbeitet, wird bei einer Umstellung auf zivile Produktion nicht arbeitslos  
 288 werden. Die hochqualifizierten Fachkräfte würden den Fachkräftemangel in der zivilen Industrie lindern.  
 289 Viele der Rüstungsbetriebe sind Mischkonzerne, die Beschäftigte in zivilen Bereichen weiterbeschäftigen  
 290 können. In die Forschung, Entwicklung und natürlich den Absatz dieser todbringenden Güter fließen Jahr  
 291 für Jahr Milliarden aus Steuermitteln. Diese könnten anderweitig eingesetzt werden.

292 Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, soll  
 293 sowohl mit öffentlichen Geldern als auch durch die betroffene Privatwirtschaft und ihre Verbände  
 294 finanziert werden.

295 **Was tun?**

- 296 • Förderung von Rüstungsforschung und der Herstellung von Rüstungsgütern beenden.
- 297 • Stattdessen Forschung zur Umstellung militärischer auf zivile Produktion.
- 298 • Paritätisch besetzte Ausschüsse zur Umstellung auf alternative Produktion.

### 299 **Landesprogramm zur Umstellung militärischer Standorte**

300 Militärischen Liegenschaften können kommunal für Wohnraum, Sport, Bildung, Kultur oder  
 301 Gesundheitseinrichtungen genutzt werden. Möglich ist auch eine wirtschaftliche Nutzung durch die  
 302 Ansiedlung von produzierendem Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen oder eine touristische  
 303 Nutzung von Naturreservaten. Die Erfahrung zeigt, dass Kommunen von einer Standortschließung  
 304 profitieren können, wenn sie sich frühzeitig beteiligen. Kommunen müssen für diese Aufgabe die  
 305 entsprechende Unterstützung vom Land bekommen.

306 **Was tun?**

- 307 • Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung.
- 308 • Vorrang öffentlicher Nachnutzung bei Standortschließungen militärischer Liegenschaften,  
 309 unter anderem durch ein Vorkaufsrecht für Kommunen.
- 310 • Konversionsbeauftragte einsetzen, um in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen  
 311 Konzepte für eine Umwandlung militärischer Flächen und Liegenschaften sowie für die  
 312 Schaffung alternativer Arbeitsplätze zu erarbeiten.

### 313 **3. Nein zur EU der Banken und Konzerne – Nein zu den Freihandelsverträgen**

314 Immer noch werden die EU und ihre Institutionen als Garanten für Frieden und Wohlstand für Alle  
 315 dargestellt. Doch die Realität sieht anders aus. Unter den europäischen Institutionen werden  
 316 demokratische Rechte abgeschafft, Militarisierung vorangetrieben und soziale Standards abgebaut.

317 Die großen europäischen Nationen benutzen die EU und den Euro um die Interessen ihrer Banken und  
 318 Konzerne durchzusetzen und hinterlassen dabei eine Spur der sozialen Verwüstung in Europa.  
 319 Griechenlands versuch eine sozialere Politik durchzusetzen und aus der Schuldenspirale auszubrechen  
 320 wurde hart bestraft, Portugal muss jederzeit mit ähnlichen Maßnahmen rechnen, in Frankreich versucht  
 321 die neoliberale Sozialdemokratie unter Hollande, eine französische Agenda 2010 umzusetzen und stößt  
 322 auf die erbitterte Gegenwehr der französischen Arbeiterklasse. Die herrschende Politik der Institutionen  
 323 ist deutlich: Die Kosten der Krise werden Armen und Mittelschichten aufbürdet, während eine kleine  
 324 Minderheit immer reicher wird.

### 325 **Austeritätspolitik**

326 Die starke Industrienation Deutschland dominiert den Euroraum, sowohl wirtschaftlich als auch politisch.  
 327 In Ländern wie Griechenland und Italien, Portugal und selbst in Frankreich führte diese Dominanz zur  
 328 Deindustrialisierungstendenzen. Gerade das Beispiel Griechenland zeigt, dass der Euro und die  
 329 Europäische Union nicht zu Wohlstand für alle beitragen, sondern die Interessen von Banken und  
 330 Konzernen im Fokus stehen. Die sogenannten Eurorettungspakete waren nichts weiter als Finanzhilfen für  
 331 Banken. Bezahlen müssen die arbeitenden Menschen durch einen weiteren Abbau sozialer Standards und  
 332 Infrastruktur in allen Ländern der Europäischen Union. Nicht nur die Agenda 2010 Politik wird in andere  
 333 Länder exportiert, sondern auch die Schuldenbremse.

334 Die Europäische Union steht für sogenannte Austeritätspolitik. Diese in den Mitgliedsstaaten  
 335 durchzusetzen und zu überwachen, ist derzeit ihre vorrangige Aufgabe. Dies geht einher mit einem



336 Generalangriff auf die Rechte der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Was in Frankreich  
 337 unter dem Etikett "Reform des Arbeitsgesetzes" stattfindet, lief vor wenigen Jahren in Italien unter dem  
 338 Label "Abschaffung des Art.18 des Arbeitsgesetzes", in Deutschland hatte die „Agenda 2010“ einen  
 339 ähnlichen Effekt und in Griechenland wurden Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften  
 340 regelrecht liquidiert.

341 Wir sind solidarisch mit den Kämpfen der Beschäftigten in Deutschland, Griechenland, Italien, Spanien  
 342 und allen anderen Ländern. Statt einer Politik im Interesse der Konzerne treten wir für soziale und  
 343 ökologische Standards ein. Wir wollen mit den Menschen, die von der Verarmungspolitik der EU betroffen  
 344 sind, gemeinsam erfolgreich gegen die herrschende Austeritätspolitik vorgehen.

345 Es scheint vielleicht so, dass die Wirtschaft in NRW von der deutschen Exportstärke profitiert. Aber  
 346 tatsächlich leidet NRW unter der jahrelangen Vernachlässigung der Binnenkonjunktur. Löhne und  
 347 Gehälter in Deutschland wie in NRW blieben weit hinter den Möglichkeiten zurück. Durch die auf  
 348 europäischer Ebene durchgesetzte Lohndumpingspirale wird der nötige Strukturwandel an Rhein und  
 349 Ruhr erschwert.

350 Das Dogma der EU sind die im Lissabon-Vertrag für alle Ewigkeiten festgeschriebenen Marktfreiheiten um  
 351 jeden Preis: Waren, Kapital, Dienstleistungen oder Arbeitnehmer. Eine notwendige Regulierung dieser  
 352 Märkte wird abgelehnt.

353 Europaweite Ausschreibungen ohne ein durch klare soziale Standards abgesichertes Vergaberecht führen  
 354 zu einem Unterbietungswettbewerb im Kampf um die größten Töpfe. Diese führen zu schlechteren  
 355 Arbeitsbedingungen und Löhnen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen den Mindestlohn im  
 356 Tariftreue- und Vergabegesetz NRW und das Ruffert-Urteil gegen die Vorgabe von Tarifgittern bei  
 357 Ausschreibungen sind Ausdruck einer EU-Gesetzgebung, die soziale Standards geringer bewertet als die  
 358 Profitinteressen der Konzerne.

359 Der Brexit ist nur ein erstes Erdbeben, dessen Ursache eine EU und ein Währungsraum sind, die immer  
 360 offensichtlicher Europa spalten, statt zu einen. Diese Entwicklung hat in Europa für erhebliche Unruhe  
 361 gesorgt.

### 362 **Nein zu TTIP, CETA und TISA**

363 DIE DIENKE. NRW versteht sich als Teil des Widerstands gegen die Durchsetzung der undemokratischen  
 364 Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Denn die Folgen werden auch das Land NRW und seine  
 365 Kommunen treffen: Entscheidungen von Land und Kommunen können vor internationalen  
 366 Schiedsgerichten/ Investorengerichten landen, wenn sie die Profitinteressen der Konzerne berühren. Dies  
 367 betrifft konkret die Politik und das Leben vieler Menschen in NRW: Aufgaben der kommunalen  
 368 Daseinsvorsorge geraten noch stärker unter Ausschreibungsdruck als bisher. Zuschüsse für die öffentliche  
 369 Daseinsvorsorge werden erschwert und der Liberalisierungsdruck steigt. Kommunale Hoheitsrechte wie  
 370 die Organisationsfreiheit sind betroffen, dies vor allem aufgrund der weitreichenden Marktzugangs-,  
 371 Nichtdiskriminierungs- und Investitionsschutzregeln. Maßnahmen der Kommunalpolitik, wie die  
 372 Steuerung von Gewerbeansiedlungen, der Erhalt von Sparkassen oder der Mieterschutz könnten als TTIP-  
 373 Verstöße unter Druck geraten. Das Tariftreuegesetz bei der öffentlichen Auftragsvergabe, das mit  
 374 maßgeblicher Unterstützung der DIE LINKE NRW im nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedet  
 375 werden konnte, stünde zur Disposition. Auch eine Rekommunalisierung des Gesundheitswesens käme  
 376 unter die Räder, weil internationale Investoren durch die Freihandelsabkommen Bestandsschutz genießen  
 377 würden. Zusätzlich sind Fracking-Verbot und Kohleausstieg in Gefahr.

378 CETA und TTIP schützen die 'legitimen Gewinnerwartungen' der Investoren wie es in den Vertragstexten  
 379 heißt. Nicht geschützt werden die legitimen Erwartungen der Bürger\*innen sauberes Trinkwasser trinken  
 380 zu können oder den Schutz der Erdatmosphäre vor weiterer Erwärmung durch eine ökologische

381 Energiewende mit Wind- und Sonne aufrecht zu erhalten. Jede Form staatlicher oder kommunaler  
382 Regulierung steht zur Debatte. Aus diesem Grunde unterstützt DIE LINKE NRW ausdrücklich die  
383 Volksinitiative gegen TTIP und CETA in NRW. Zwingen wir die Landesregierung zu einer klaren Kante gegen  
384 diese Abkommen.  
385  
386